



Frau
Britta Haßelmann
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Matthias Machnig

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 76 41

FAX +49 30 18615 51 05

E-MAIL buero-st-m@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 22. Dezember 2017

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Dezember 2017
Frage Nr. 188 und 189

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Fragen wie folgt:

Frage Nr. 188

Welche europäischen Förderprogramme in der Bundesrepublik (differenziert nach Bundesländern und Förderbeträgen) wären von Kürzungen betroffen, wenn im Zuge des kommenden Mehrjährigen Finanzrahmens der EU (MFR) ab 2020 nach dem Austritt Großbritanniens nach dem Szenario der Generaldirektion Regionalpolitik die Kohäsionsmittel um etwa 15 oder alternativ 30 Prozent gestrichen werden würden (vgl. Bericht aus Brüssel 12/2017, Ref. PE4 vom 8.12.2017, S. 15 ff.)?

Antwort:

Der Umfang und die Verteilung der künftigen EU-Mittel für die Zeit nach 2020 werden im Rahmen der Verhandlungen zum kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) festgelegt. Dies gilt auch für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Die EU-Kommission hat angekündigt, im Mai 2018 einen Vorschlag für den künftigen MFR vorzulegen, der anschließend im Rat verhandelt werden und die Zustimmung des Europäischen Parlamentes erhalten muss. Insofern kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verlässliche Aussage darüber getroffen werden, welche Auswirkungen mögliche Kürzungen im Rahmen des künftigen MFR auf die Förderprogramme in der Bundesrepublik Deutschland haben würden.

Frage Nr. 189

Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung, um Kürzungen von Kohäsionsmitteln hierzulande zu verhindern oder durch eine eigene neue Förderstrategie zu kompensieren?

Antwort:

Für den künftigen MFR stellt der Austritt des Vereinigten Königreiches – und damit eines der größten Beitragszahler zum EU-Haushalt – eine zusätzliche Belastung dar. In den vergangenen Jahren haben sich zudem neue Herausforderungen (z.B. Migration, innere Sicherheit, außenpolitische Krisen) gestellt, die die Gewichtung der europäischen Politiken teilweise verschoben haben. Vor diesem Hintergrund müssen aus Sicht der Bundesregierung alle Fördermaßnahmen der EU einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Von Kürzungen werden der künftige MFR und seine Ausgabenbereiche in ihrer Gesamtheit betroffen sein. Dennoch soll der Kohäsionspolitik als wichtigster Investitionspolitik der EU und mit ihrer elementaren Rolle zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes auch künftig eine besondere Bedeutung zukommen. Die Bundesregierung fordert, auch künftig alle Regionen innerhalb der Europäischen Union differenziert nach ihrer strukturellen Entwicklung und entsprechend ihren regionalen Bedürfnissen durch die Kohäsionspolitik zu berücksichtigen. Über mögliche nationale Kompensationen als Reaktion auf Kürzungen im Rahmen des künftigen MFR kann erst im Lichte der Ergebnisse der Verhandlungen zum künftigen MFR entschieden werden.

Mit freundlichen Grüßen

